



Rüstungsindustrie

Großkalibrige Wirtschaftskraft

Die Ukraine-Krise, der Konflikt um den so genannten Islamischen Staat und die Terroranschläge in Paris zeigen, dass eine gerechtere Weltordnung zur Not mit Waffengewalt verteidigt werden muss. Hinzu kommen wirtschaftliche Faktoren einer Industrie, die ebenfalls mit Nachhaltigkeit argumentiert. Sind die „Bösen“ also doch gut – oder zumindest unentbehrlich?

■ Jan Thomas Otte

Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur, denn nur noch etwa die Hälfte der in Deutschland produzierten Waffen wird an die Bundeswehr, Polizei und andere Behörden geliefert. „Die Bundesrepublik hat die politische Verantwortung, den deutschen Soldaten und Einsatzkräften den bestmöglichen Schutz zu gewährleisten, indem sie die technisch bestmöglichen Mittel zur Verfügung stellt“, sagt Georg Wilhelm Adamowitsch, Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV).

300.000 Arbeitsplätze

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR, ein Spin-Off der TU Darmstadt, hat die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie samt ihrer zahlreichen Zulieferer untersucht. Rund 100.000 Erwerbstätige sind demnach in Deutschland direkt im Rüstungsbereich beschäftigt. Darüber hinaus schafft die Branche weitere 200.000 Arbeitsplätze bei Lieferanten und Dienstleistern.

2012 produzierten deutsche Rüstungskonzerne Produkte im Wert von insgesamt 22,6 Milliarden Euro – rund einen Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, welches das Statistische Bundesamt im gleichen Jahr auf 2.645 Milliarden Euro bezifferte. Der deutsche Mittelstand profitiert von der Rüstungsindustrie mit Aufträgen im Wert von 13 Milliarden Euro, sagen die WifOR-Mitarbeiter. Die Wertschöpfung der Branche ist nach Angaben der WifOR-Studie mit fünf Prozent hoch.

30% mehr Gehalt

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa 60.000 Euro liegen die in der Rüstungsindustrie gezahlten Gehälter ein Drittel über den Salären von Firmen, die ausschließlich für zivile Zwecke Motoren, Prozessoren und andere technische Teile produzieren.

Neben der überdurchschnittlichen Bezahlung bietet die Branche spannende Aufgaben im Hochtechnologie-Bereich. Jeder zehnte Mitarbeiter, so WifOR, forscht und entwickelt modernere Systemen im Bereich Sicherheit und Verteidigung – von Waffen spricht der Lobbyverband ungern.

Eine Firma, zwei Millionen Tote

Jürgen Grässlin gehört zu Deutschlands prominentesten Gegnern der Rüstungsindustrie. Der Autor des „Schwarzbuchs Waffenhandel“ reiste in Krisen- und Kriegsgebiete, um sich bei Betroffenen, aber auch Aussteigern aus der Rüstungsindustrie ein genaueres Bild von der Lage vor Ort zu machen. Grässlin bringt die vom Lobbyverband beschriebene wirtschaftliche Nachhaltigkeit auf einen anderen, traurigen Höhepunkt: Seinen Schätzungen zufolge sind allein die Kleinwaffenexporte der schwäbischen Waffenschmiede Heckler & Koch samt bestehender Lizenzvergaben für Nachbauten am Tod von mehr als zwei Millionen Menschen beteiligt – Tendenz steigend. Zwar hätten mehr Menschen den Beschuss mit H&K-Gewehren überlebt, doch viele seien für den Rest ihres Lebens verkrüppelt, nahezu alle traumatisiert.

Forderung: Ethikkommission

Grässlins zentrale Forderung an den Deutschen Bundestag: Die Gründung einer „Ethikkommission Rüstungsexport“, welche über Waffentransfers in die „sonstigen Länder“ mitentscheidet. Waffenlieferungen in Länder, die weder zur NATO zählen noch NATO-assoziiert sind, beziffert Grässlin auf insgesamt knapp zwei Drittel aller Kriegswaffenexporte. Als Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ engagiert er sich für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot in Art. 26 (2) des Grundgesetzes. Gegen die Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch, Carl Walther und Sig Sauer hat er mehrere Strafanzeigen gestellt. Dabei stützt sich der Friedensaktivist auf Zeugenaussagen, Dokumenten und Fotografien von Insidern, welche den illegalen Waffenhandel belegen sollen.

Georg Wilhelm Adamowitsch versichert dagegen, dass die dem BDSV angehörenden Firmen ausschließlich in Staaten des Verteidigungsbündnisses liefern würden. Ihre Rüstungsexporte würden sich vollständig „im Rahmen der geltenden Regulierungen und Prozesse“ bewegen. Der Export militärischer Güter unterliegt in Deutschland einer strengen Kontrolle, dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz. „Mit diesen Regeln handelten alle bisherigen Bundesregierungen international verantwortlich“, ist sich Adamowitsch sicher.

Legal nicht gleich legitim

Ernst von Kimakowitz leitet das Humanistic Management Center, wo er und seine Forschungskollegen eine Verwechslung von Legalität mit Legitimität beobachten – nicht alles, was juristisch recht ist, müsse auch moralisch richtig sein.

„Die Frage, inwiefern Mitarbeiter in Waffenschmieden ihr eigenes Handeln ihren Familien und Freunden gegenüber transparent als richtig darstellen können, tritt hinter die Frage zurück, ob es ihnen gelingt sicherzustellen, dass kein geltendes Recht gebrochen wird.“

Auf Skandale wie den im Sommer 2014 bei Sig Sauer bekannt gewordenen illegalen Deals mit Kolumbien angesprochen, verweist der BDSV-Geschäftsführer auf einzelne schwarze Schafe seiner Branche. Adamowitsch: „Die Firma Sig Sauer ist und war nicht Mitglied unseres Verbandes.“ Kein weiterer Kommentar, die Ermittlungen laufen noch.

Für Rüstungskritiker wie Grässlin ist dies eine Steilvorlage. Eine Handvoll Mitarbeiter könne ohne Mitwissen der Geschäftsführung für illegale Geschäfte kaum die dafür notwendigen Entscheidungsbefugnisse haben, wie Gewehrlieferungen nach Mexiko zeigen würden. Grässlin:

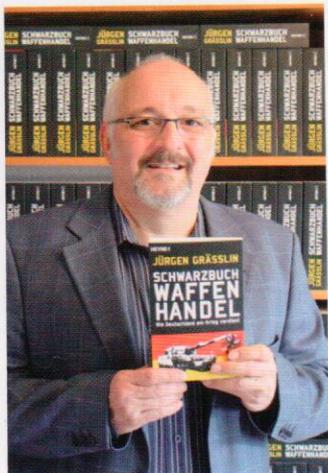
„Hielten Moral und Ethik in der Rüstungsindustrie Einzug, würden alle derzeitigen Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, darunter astreine Diktaturen, verunmöglicht.“

Verantwortungsdiffusion

Offiziell erlaubt die Bundesregierung Rüstungsexporte in ‚sonstige Staaten‘ lediglich in begründeten Ausnahmefällen. Restriktivere Rüstungsexporte hält Adamowitsch für übertrieben. Deutschland habe bereits mit die strengsten Regelungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geschaffen, so der Waffenlobbyist. „Für zusätzliche Regelungen besteht kein Anlass“.

Eine Klage der Grünen für mehr Vorabinfos im Parlament über geplante Rüstungsdeals lehnten Bundesverfassungsrichter im Oktober 2014 ab. Ihre Begründung: der Bundestag habe keinen Anspruch auf diese Informationen. Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle zählt diese zum „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“. Dass dies Politiker zu regeln haben, weiß auch die Waffenlobby für sich zu nutzen.

Angefangen beim Schraubenhersteller auf der Schwäbischen Alb, über Waffenschmieden am Bodensee, über die Bundesregierung in Berlin und bis zum tatsächlichen Einsatzort im Gefecht irgendwo



Jürgen Grässlin

auf dieser Welt – Verantwortliche schieben den schwarzen Peter immer ein Stückchen weiter. Psychologen sprechen bei diesem menschlichen Verhalten von Verantwortungsdiffusion, einem Phänomen, bei dem sich keiner wirklich verantwortlich fühlt für das, was es zu entscheiden gilt.

Für Wirtschaftsethiker Ernst von Kimakowitz deutet dieses Weiterschieben vom Schwarzen Peter auf systemische Defizite hin. „Ohne Möglichkeit, Verantwortlichkeiten zu verorten, mangelt es an Strukturen, die es uns erlauben nachzuvollziehen, welche Handlungen welche Wirkung entfaltet haben“. Das System der Rüstungsindustrie sei noch nicht darauf angelegt und habe wenig Interesse daran, für mehr Transparenz von Waffenlieferungen zu sorgen, um Ursache und Wirkung besser nachvollziehen zu können.

Kampf gegen illegalen Waffenhandel

Auf die Terroranschläge in Paris durch Sympathisanten des sogenannten Islamischen Staats mit Schnellfeuerwaffen angesprochen, erklärt eine Sprecherin von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, es sei „nicht hinnehmbar, dass terroristische Gewalttäter immer wieder in den Besitz von Kriegswaffen gelangen und damit auch Polizeikräfte angreifen, schwer verletzten oder töten.“

Das Ministerium unternahme daher „erhebliche Anstrengungen, um den illegalen Handel und Besitz von Waffen zu unterbinden.“ Auf Nachfrage nach eigenen Aufrüstungsplänen bestätigt die Sprecherin, dass die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt gut ausgestattet sei und bei Bedarf angepasst werde. Das gelte auch für Spezialkräfte zur Bekämpfung von Gewalttaten.

Schaut man beispielsweise in das Compliance-Statement von Heckler & Koch, betonen die Geschäftsführer, dass neben höchster Produktqualität und Innovation der nachhaltige Geschäftserfolg und das Vertrauen der Kunden „in besonderem Maße von rechtmäßigem und ethisch einwandfreiem Handeln des Unternehmens und seiner Mitarbeiter“ abhängen.

Nach eigenen Angaben verzichtet die Waffenschmiede aus Oberndorf am Neckar lieber auf Deals, um keine Gesetze, behördlichen Regelungen und allgemein anerkannte ethische Grundsätze zu brechen. Denn „unlauteres oder unethisches Verhalten gefährdet den nachhaltigen Erfolg“, heißt es in der firmeninternen Geschäftsgrundlage. Selbstverständlich gelte dieser Kodex für alle Länder, in denen Heckler & Koch tätig ist.

Flucht vor Waffen „made in Germany“

Seitens der Kirche, laut Rüstungslobbyisten die grösste Lobby im politischen Berlin, hat zuletzt Rainer Maria Cardinal Woelki den Export deutscher Rüstungsgüter kritisiert. Beim traditionellen Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag im Januar 2015 sagte der Kölner Erzbischof den rund tausend zuhörenden Soldaten, dass viele Menschen weltweit vor Waffen fliehen würden, welche zuvor in Deutschland produziert wurden.

Der neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, hat ebenfalls deutsche Rüstungsexporte kritisiert und darauf hingewiesen, dass die weltweiten Konflikte auch verursacht würden, indem Deutschland Waffen in Krisenregionen liefert und diese dann in falsche Hände geraten.

Produktion, Forschung und Entwicklung

Ob wir in Deutschland Waffenschmieden haben wollen oder nicht und die Frage, wie wir damit umgehen, dass es sie gibt, sind zwei Paar Schuhe. Dem übergeordneten Wunsch nach einer Welt ohne Kriegswaffen stimmen viele zu. Gleichzeitig aber, so Wirtschaftsethiker Kimakowitz, sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass all den Menschen, die von der Rüstungsindustrie unmittelbar betroffen sind, „nicht damit geholfen ist, wenn wir in der warmen Stube des demokratischen Rechtsstaates eine Welt ohne Waffen herbeiträumen“.

Auf dem Weg zu einer gerechteren Weltordnung rät Kimakowitz allen verantwortlichen Politikern zu vielen kleinen, pragmatischen Schritten. Darunter das größtmögliche Herstellen von Transparenz als auch das Prüfen von Möglichkeiten, Lizenzvergaben grundsätzlich zu verbieten. Argumente der Waffenlobby zur Souveränität Deutschlands würden hier nicht greifen, im Gegenteil: „Die Option, Waffenexporte als außenpolitisches Instrument einzusetzen, wird ja doch durch jede Lizenzvergabe ausgehöhlt“.

Nach Jürgen Grässlins Recherchen gibt es nur zwei Gebiete weltweit, wo Heckler & Koch-Waffen, wie das G3 und G36 – ob lizenziert oder original – nicht vorkämen: in Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, wo es genug Kalaschnikow-Gewehre gibt, und in der Antarktis.



Weitere Infos über die Rüstungsindustrie:
➔ link.csr-news.net/17_Waffen



Jan Thomas Otte

› ist Diplom-Theologe und Herausgeber des Blogs „Karriere-Einsichten“. Er wohnt am Bodensee, einem Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie

jan-thomas.otte@csr-magazin.net